



## Jugendarmut bekämpfen - Mindestlohn einführen, Leiharbeit verbieten und Mieten deckeln!

Jugendarmut bekämpfen - Mindestlohn einführen, Leiharbeit verbieten und Mieten deckeln!<br /><br />Zur Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken-Abgeordneten Yvonne Ploetz (MdB) zur Jugendarmut erklärt Felix Pitthan, jugendpolitischer Sprecher im Parteivorstand der LINKEN:<br />Nach den jüngsten Zahlen der Bundesregierung ist bundesweit jeder fünfte 18-25-jährige arm oder armutsgefährdet. In Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sogar mehr als jeder dritte. Über 70.000 junge Menschen arbeiten in Vollzeit und müssen trotzdem Arbeitslosengeld II beantragen, über 150.000 sind nur geringfügig beschäftigt und deshalb von ALG II abhängig.<br />Das liegt nicht zuletzt daran, dass Jugendliche besonders oft nur unsichere und schlecht bezahlte Jobs bekommen: Fast die Hälfte aller 15-25-jährigen arbeitet im Niedriglohnsektor und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für diese Altersgruppe sind im letzten Jahrzehnt deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Anzahl an jungen Menschen in der Leiharbeit verdoppelt.<br />Diese Zahlen zeigen, dass mehr soziale Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt für junge Menschen besonders dringlich ist. Gerade in ihrem Interesse ist ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde längst überfällig, muss Leiharbeit verboten und befristete Beschäftigung zurückgedrängt werden.<br />Auch als ALGII-EmpfängerInnen werden junge Menschen nach wie vor besonders benachteiligt: Sie haben in der Regel kein Anrecht auf eine eigene Wohnung und sind besonders drakonischen Sanktionsdrohungen wie der sofortigen Sperrung des gesamten Regelsatzes ausgesetzt. DIE LINKE fordert die Abschaffung dieser Sanktionen und eine Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro.<br />Schließlich leiden junge Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders unter den nicht nur in Metropolen rasant steigenden Mieten. DIE LINKE fordert deshalb eine Begrenzung der Mietsteigerung bei Neuvermietungen, gesetzliche Mietobergrenzen und eine Rückkehr zum öffentlichen Wohnungsbau, um bezahlbare Mieten für alle zu ermöglichen.<br /><br />Pressestelle der Partei DIE LINKE<br />im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin<br />Pressesprecher: Alexander Fischer<br />Telefon: 030 24009 543, Telefax: 030 24009 220, Mobil: 0151 17161622<br />alexander.fischer@die-linke.de<br />Stellvertretende Pressesprecherin: Marion Heinrich<br />Telefon: 030 24009 544, Telefax: 030 24009 220, Mobil: 0171 1970778<br /> marion.heinrich@die-linke.de <br />

### Pressekontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

### Firmenkontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

Die Partei DIE LINKE vereinigt seit Mitte 2007 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland, Menschen mit DDR-Biografien und Menschen mit BRD-Biografien. Sie weiß, dass sie die seltene historische Gelegenheit hat, aus unterschiedlichen Erfahrungen, gewonnen in Ost und West und im vereinigten Deutschland, etwas neues, eine gesamtdeutsche Linke aufzubauen.